

Präsident des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Bad Neuenahr, den 25.6.2012

Verschiebung der geplanten Abstimmung zum ESM und Fiskalpakt

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

für den 29.6.2012 ist im Deutschen Bundestag die Abstimmung zu ESM und Fiskalpakt terminiert.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19.6.2012 ist bekannt, dass die Bundesregierung bei den Verhandlungen über den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM den Bundestag nicht ausreichend informiert hat.

Lässt sich dieses Versäumnis in der kurzen Zeit bis zur Abstimmung nachholen?

Angesichts der sehr komplexen Materie des ESM und des Fiskalpaktes sicher nicht.

Zudem hat im Nachgang zu seinem Urteil vom 19.6. das Bundesverfassungsgericht in einem bislang einmaligen Vorgang den Bundespräsidenten gebeten, seine Unterschrift zurück zu stellen, bis das BVerfG die zu erwartenden Eilanträge geprüft hat.

Wäre es nicht besser für die demokratische Kultur in Deutschland, die Parlamentarier bekämen ausreichend Zeit für die Prüfung des Vertragswerkes und vor allem der Prüfung der finanziellen Verpflichtungen und politischen Konsequenzen?

Zumal der Finanzminister inzwischen öffentlich von einer neuen Verfassung spricht über die „demnächst“ in Deutschland eine Volksabstimmung durchgeführt werden müsse, da zunehmend Hoheits- und Budgetrechte an die EU abgetreten werden sollen.

Es wäre daher vor dem Hintergrund der Bitte des BVerfG an den Bundespräsidenten sowie dem zielführenden Vorschlag eine Grundgesetzänderung per Volksentscheid durchzuführen, nur sachgerecht und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, dass die geplante Abstimmung zu ESM und Fiskalpakt auf einen späteren Termin verschoben wird.

Nur so kann noch gewährleistet werden, dass zum einen die Bundestagsabgeordneten über dieses für unser Land eminent wichtige Thema voll und umfassend informiert urteilen. Ansonsten würde die Mehrheit der Parlamentarier in offenkundiger und durch das BVerfG dokumentierter Unkenntnis über dieses Thema abstimmen.

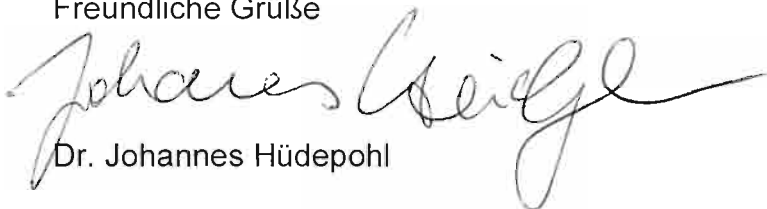
Und zum andern könnte nur durch eine Verschiebung sichergestellt werden, dass aus einer Volksabstimmung auch substantielle Ergebnisse resultieren. Ansonsten werden vorzeitig unumkehrbare Fakten geschaffen, die im Nachgang dann auch keiner Volksabstimmung mehr bedürfen.

Die anstehenden Entscheidungen haben weitreichende Folgen für Deutschland.

Bündnis Bürgerwille wendet sich daher an Sie mit der Bitte, darauf hinzuwirken, die geplante Abstimmung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Geben Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland die Chance, sich aktiv an der Zukunft unseres Landes und Europas zu beteiligen.

Freundliche Grüße



Dr. Johannes Hüdepohl

- Sprecher Bündnis Bürgerwille -